

Bundesregierung prüft Regulierung von Investoren in der Zahnarztversorgung

Die Bundesregierung prüft aktuelle Vorschläge zur Regulierung von von Investoren betriebenen Medizinischen Versorgungszentren (iMVZ). Martin Hendges von der KZBV fordert jedoch weitergehende Maßnahmen zum Schutz der Patientenversorgung. Erfahren Sie mehr über die Hintergründe, die Forderungen der KZBV und die Bedeutung dieser Regulierung im Zusammenhang mit dem Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz.



Die gesundheitlichen Herausforderungen durch Investoren in der Zahnmedizin

In der aktuellen Debatte über die Versorgung im Gesundheitsbereich, insbesondere in der Zahnmedizin, steht ein kritisches Thema im Mittelpunkt: der Einfluss von nicht medizinischen Investoren auf die medizinische Versorgung. Dies

wird besonders deutlich durch die jüngsten Stellungnahmen der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) die vor den Gefahren warnen, die mit der Zunahme von investorennahen medizinischen Versorgungszentren (iMVZ) verbunden sind.

Wichtige Akteure und deren Meinungen

Der Vorsitzende der KZBV, Martin Hendges, hebt hervor, dass die Organisation besorgt über die aktuelle Entwicklung ist. Mit nahezu jedem dritten zahnmedizinischen MVZ in der Hand von Investoren sehen sich Patientinnen und Patienten zunehmend einem System gegenüber, das nicht primär auf medizinische Versorgung, sondern auf Gewinnmaximierung abzielt. Hendges fordert daher eine Entscheidung von den politischen Akteuren, insbesondere von der Ampelkoalition, um regulatorische Maßnahmen zu ergreifen, die darauf abzielen, die Patientensicherheit zu gewährleisten.

Aufruf zur Regulierung und Unterstützung der Versorgungsqualität

Im Rahmen des laufenden Gesetzgebungsverfahrens zum *Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz* (GVSG) appelliert die KZBV an die Regierung, konkrete Maßnahmen zu ergreifen. Ein wesentliches Anliegen ist die Einführung von räumlichen und fachlichen Einschränkungen für die Gründung neuer iMVZ, um mögliche negative Auswirkungen auf die Qualität der Patientenversorgung einzudämmen. Laut Hendges gibt es hier keine Gruppe, sich gegen eine Regulierung zu sperren, da eine Vielfalt an Trägern in der zahnmedizinischen Versorgung weiterhin bestehen bleiben könnte.

Hintergründe der aktuellen Entwicklungen

Die Besorgnis über die Auswirkungen der iMVZ ist nicht neu. Schon seit längerem wird von der KZBV auf die drohenden Gefahren für das Wohl der Patienten und die flächendeckende zahnärztliche Versorgung hingewiesen. Die Aussage eines KZBV-

Sprechers macht deutlich: Wir beobachten, dass die Qualität und das Wohl der Patienten durch den Einfluss von Profitorientierung ernsthaft gefährdet sind. Diese Wortmeldung fand eine Resonanz auch in der politischen Sphäre, nachdem sowohl Bundesgesundheitsminister Lauterbach als auch der gesundheitspolitische Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, Janosch Dahmen, sich für eine Begrenzung von iMVZ ausgesprochen haben.

Ausblick auf die Zukunft

Die kommenden Wochen werden entscheidend sein, da der Bundesrat die Bundesregierung aufgefordert hat, die Notwendigkeit eines MVZ-Regulierungsgesetzes nochmals zu prüfen. Die KZBV und andere Gesundheitsorganisationen befinden sich in einem Zwiesgespräch mit der Politik, um die Versorgungsqualität für alle Patientinnen und Patienten zu sichern. Der Druck auf die Regierung wächst, um endlich die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen und die Patientensicherheit nicht dem Markt überlassen zu müssen.

Informationen und weitere Ressourcen

Leserinnen und Leser, die an weiteren Informationen zu diesem Thema interessiert sind, können umfangreiche Analysen und Gutachten auf der Website der KZBV finden.

Details

Besuchen Sie uns auf: mein-berlin.net